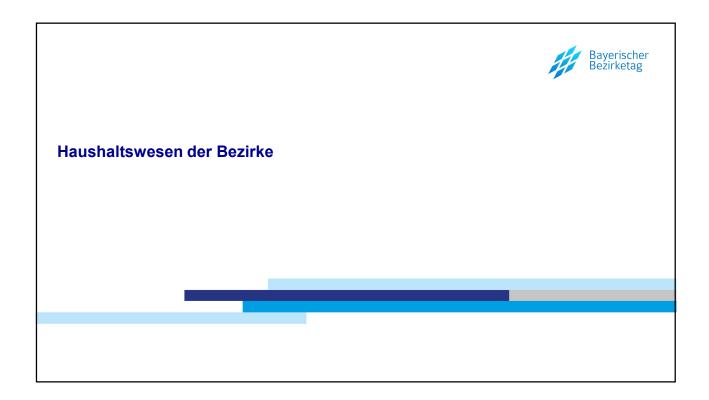


# Haushalts und Finanzwesen Dienstrecht – Personalwesen

Reinhard Grepmair – Referat 5: Personal & Finanzen

Ridlerstraße 75 80339 München T. 089/21 23 89-0 F. 089/21 23 89-89 info@bay-bezirke.de www.bay-bezirke.de





## Verfassungsgrundsatz - Finanzierung - Haushaltspflicht

Haushaltswesen der Bezirke

- Art. 28 GG Recht der Selbstverwaltung nach Maßgabe der Gesetze umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung
- · Steuerhoheit und Verteilung Art. 28 und Art. 106 GG
  - Eigene Steuern: Grundsteuer und Gewerbesteuer und örtl. Verbrauchs und Aufwandssteuern
    Steueranteile an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer Landesrecht regelt Berücksichtigung bei Umlagen
    Gemeinden haben Anspruch auf Anteil an den Steuereinnahmen der Länder nach Maßgabe des Landesrechts (allg. Steuerverbund)
- · Verpflichtung für Gemeindeverbände, Haushaltsplan aufzustellen Art. 83 Abs. 2 i.V.m Abs. 6 Bayer. Verfassung

8. März 2024 Reinhard Grepmair



### Regelung im Kommunalverfassungsrecht – Bezirksordnung

Haushaltswesen der Bezirke

- Art. 53 Abs. 1 Bezirksordnung (BezO) → Die Haushaltswirtschaft dient dazu die Aufgabenerfüllung sicherzustellen
- Art. 54 BezO → Rangfolge der Einnahmen zur Aufgabenerfüllung:
  - 1. Abgaben nach den gesetzlichen Vorschriften
  - 2. Besondere Entgelte für die erbrachten Leistungen
  - 3. Im Übrigen durch die Bezirksumlage

Ungeschriebener Grundsatz für die Haushaltsaufstellung:

- ightarrow Gleichrang der Aufgaben der kommunalen Ebenen
- Würdigung der Belange der Umlagezahler als selbständige Verfahrenspflicht (Beschluss BayVGH vom 14. Dezember 2018)

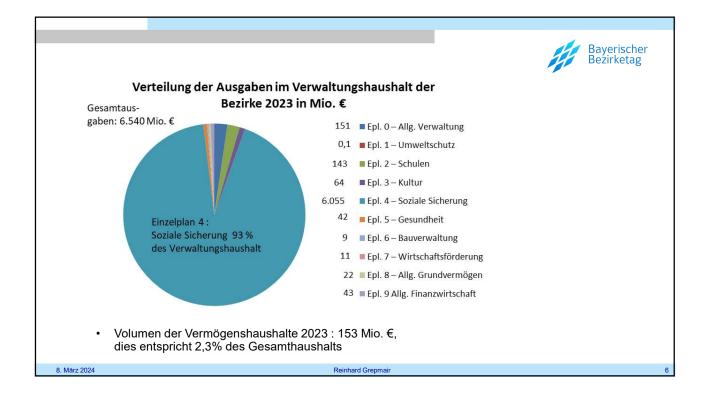


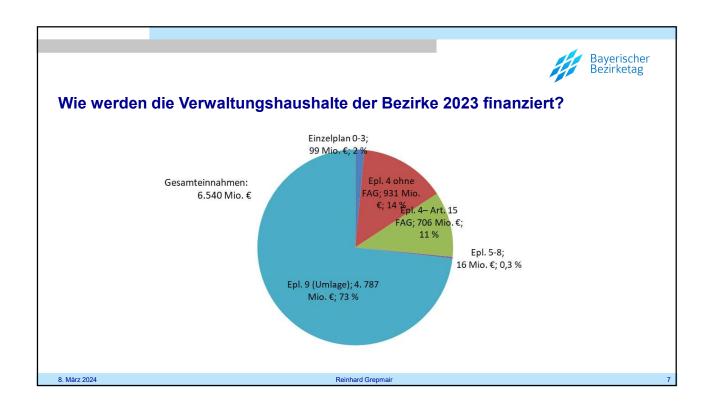
#### Anforderungen bei Aufstellung des Bezirkshaushalts

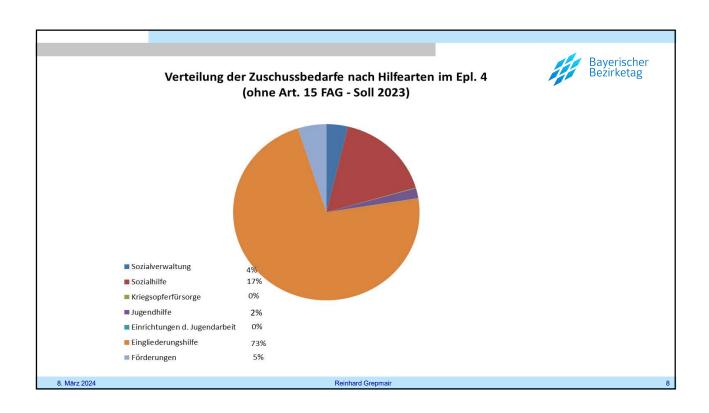
Haushaltswesen der Bezirke

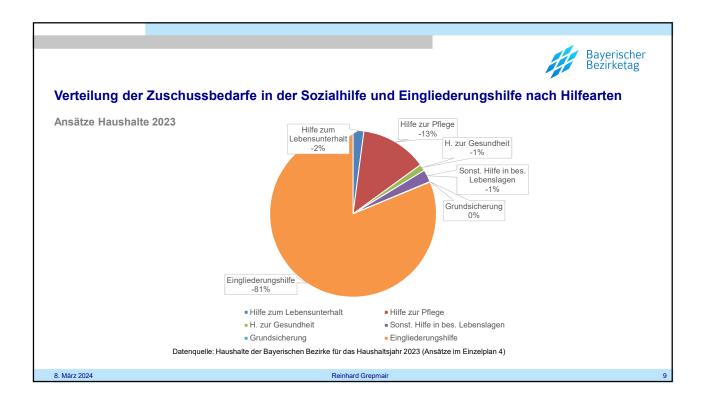
Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zur Festsetzung der Kreisumlage vom 14. Dezember 2018 (Vergleich)

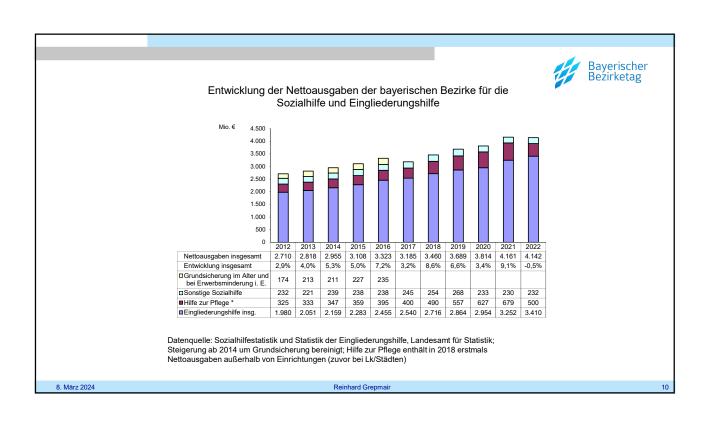
- · Die Würdigung der Belange der Umlagezahler ist eine selbständige Verfahrenspflicht.
- Grundsatz: Gleichrang der Aufgaben der kommunalen Ebenen;
   Landkreis darf seinen eigenen Finanzbedarf nicht beliebig ausweiten und gegenüber den Aufgaben und Interessen der kreisangehörigen Gemeinden durchsetzen.
- Folge für Bezirkstag:
  - dem Bezirkstag werden zur Entscheidung über die Höhe der Bezirksumlage strukturierte und operationalisierte Daten der Umlagezahler zur Bewertung von Finanzlage und Finanzbedarf vorgelegt (Querschnittsbetrachtung).
  - Die Daten der Umlagezahler werden von diesen erhoben.

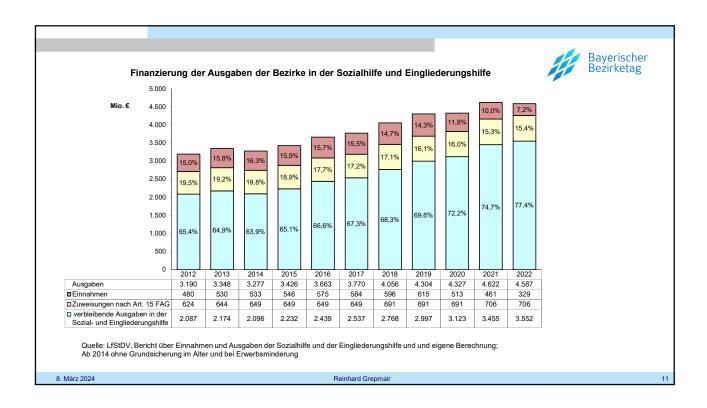


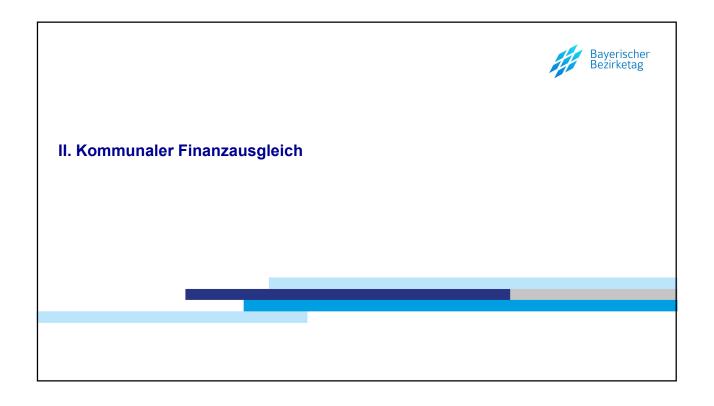














### **Allgemeines**

Kommunaler Finanzausgleich

Der kommunale Finanzausgleich

- stockt die Finanzausstattung der drei kommunalen Ebenen auf, damit diese über ausreichende Mittel für die Erfüllung ihrer Aufgaben verfügen (Anspruch gegen das Land);
- gleicht unterschiedliche Einnahmemöglichkeiten der einzelnen Kommunen bedarfsabhängig zu einem hohen Grad aus:
- regelt die Grundsätze der Finanzierung der Landkreise und Bezirke mittels Umlagen;
- unterstützt kommunale Investitionsmaßnahmen (insbes. Kita's und Schulen) und finanziert Investitionen in Plankrankenhäuser
- entlastet die Kommunen gezielt bei der Finanzierung bestimmter Aufgaben (z.B. Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises, Schülerbeförderung).

8. März 2024 Reinhard Grepmair 1



#### Ziele des Kommunalen Finanzausgleichs

Kommunaler Finanzausgleich

- **Fiskalisches Ziel** → Aufstockung der Finanzen durch die Leistungen des Staates (horizontal) um Aufgaben angemessen zu erfüllen
- Verteilungspolitisches Ziel → Herstellung einer den Aufgaben angemessenen Finanzverteilung unter den kommunalen Ebenen (Umlagen) und unter den einzelnen Kommunen (Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse)
- Grenze: Verbot der völligen Nivellierung oder Übernivellierung



## Festlegung Finanzausgleich - FAG-Spitzengespräch

Kommunaler Finanzausgleich

Verfahren ist im Finanzausgleichsgesetz geregelt:

- Maßgebend für Spitzengespräch und Fortentwicklung:
  - Vergleich von Finanzkennzahlen Staat/Kommunen
  - Anteil Finanzbedarf für freiwillige Aufgaben
  - Ausblick auf bedarfsprägende Umstände
- FAG-Spitzengespräch als Form der Verbändebeteiligung

8. März 2024

Finanzausgleichsleistungen insgesamt

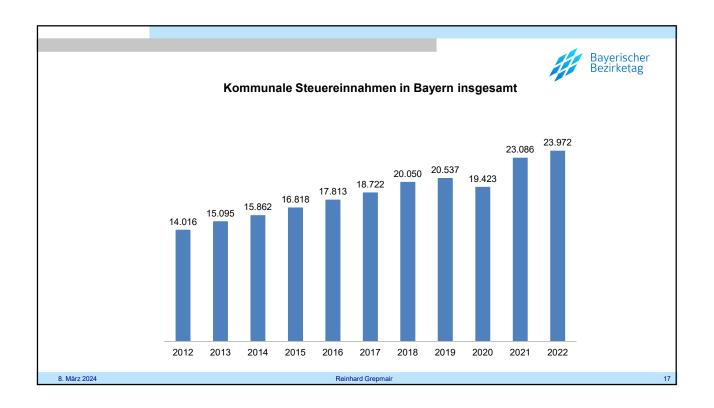
- Festlegung der Höhe der Ansätze für Leistungen des kommunalen Finanzausgleichs als Teil des Staatshaushaltes (Einzelplan 1310)
- Beschlussfassung durch Bayerischen Landtag über Haushaltsgesetz und Haushaltsplan, in der Regel auch Änderung Finanzausgleichsgesetz

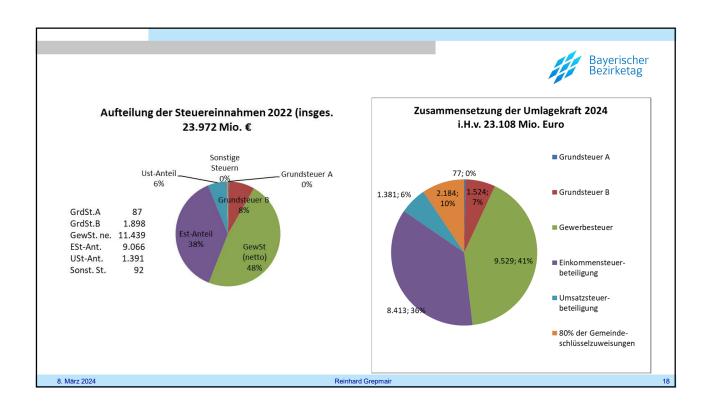
8. März 2024 Reinhard Grepmair

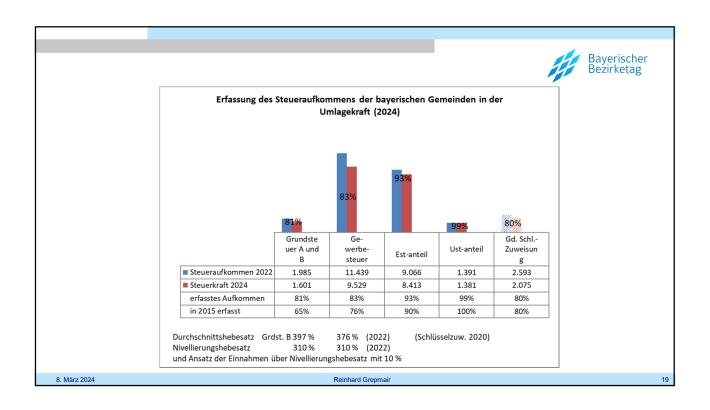
F. I	gleich			
Entwurf Finanzausgleich 2024 in Mio. €	Volume		istungen	
Verbünde	8.740,2	6.643	,U	
Allgemeiner Steuerverbund (12,75% aus Landessteuern)	6.	.245,8		
Schlüsselzuweisungen (aus allg. Steuerverbund)		1	4.441,8	
Leistungen des Kfz-Steuerersatzverbunds	10	84,04	790,8	
Grunderwerbssteuerverbund		605,0	605,0	
Zuweisungen Familienleistungsausgleich		805,4	805,4	
Summe		111		
Leistungen außerhalb der Verbünde	2.635,65	4.5	<u>)</u> 1	
Finanzzuweisungen, Art. 7 - 9 BayFAG		\ \	955,0	
Investitionspauschale			446,0	
Kommunaler Hochbau +			1.070,4	
Krankenhausfinanzierung + (50% aus Umlage)			800,0	
Schülerbeförderung +			300,0	
Zuweisungen an Bezirke, Art. 15 BayFAG ++			716,5	
Sonstiges			308,2	

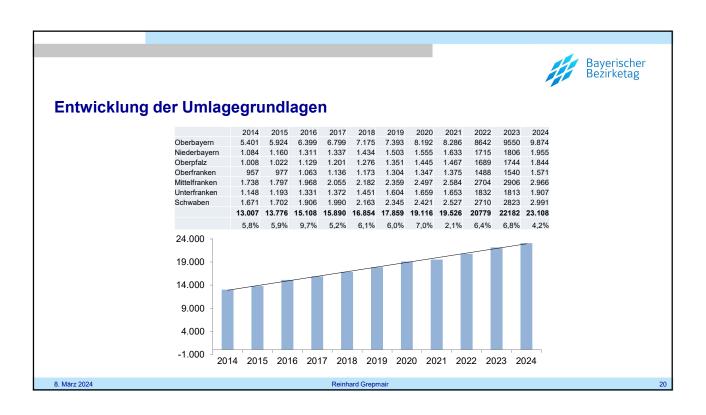
11.375,8

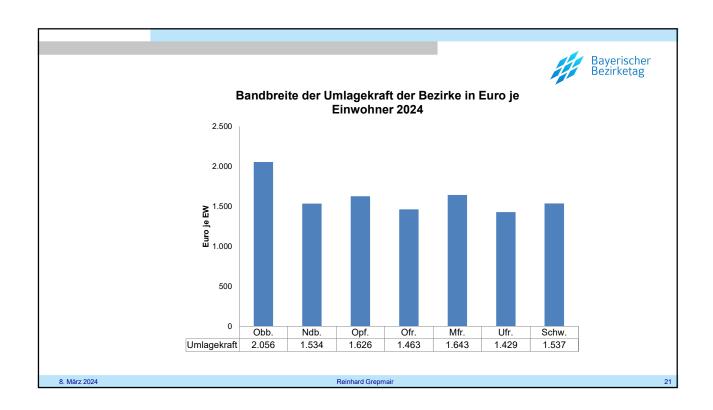
11.375,8

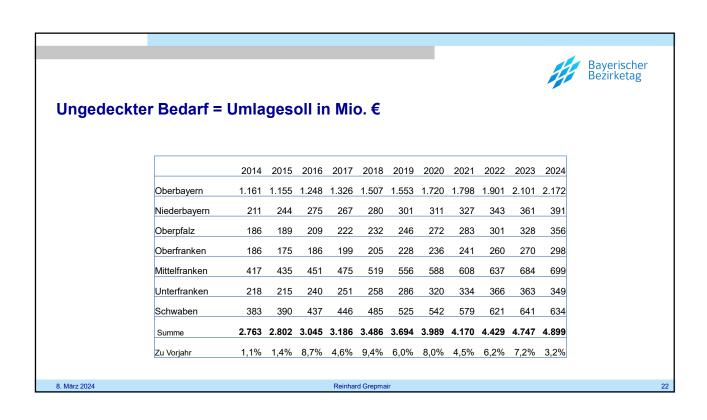


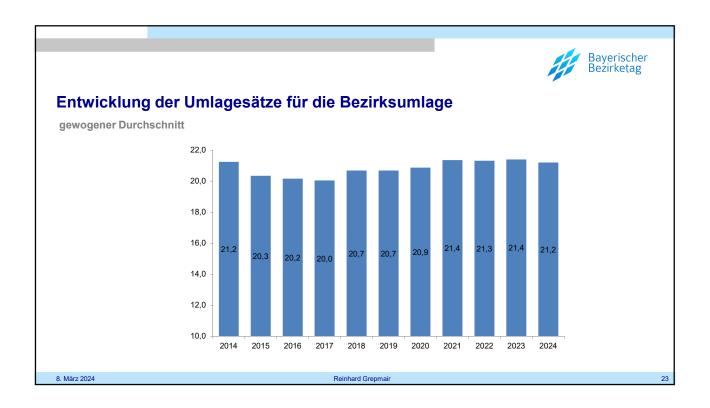


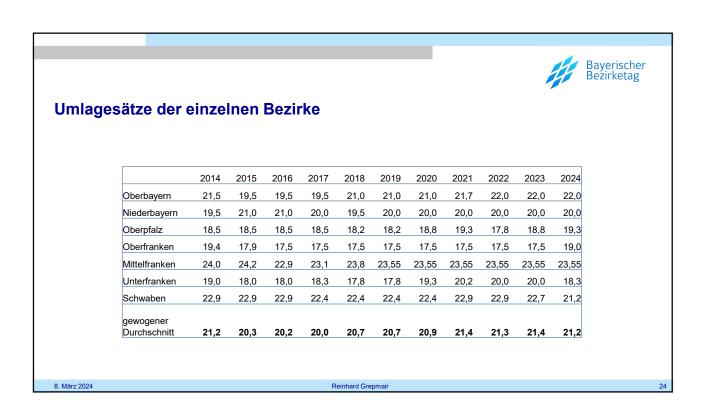








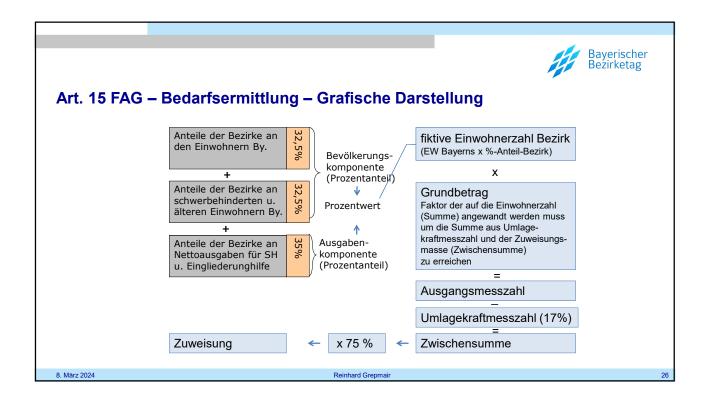






#### Finanzausgleichleistung an die Bezirke - Art. 15 FAG

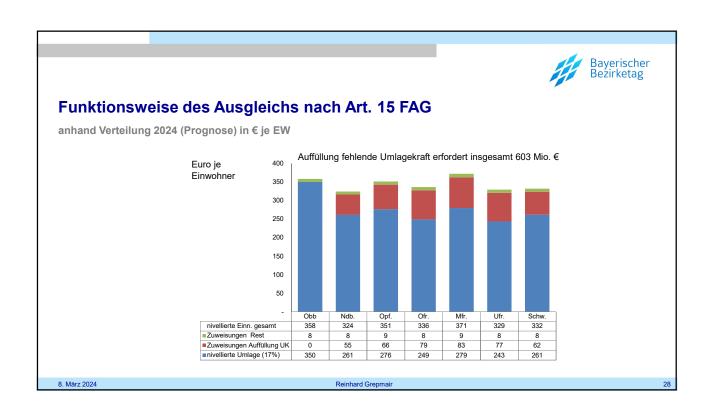
- Eine im Staatshaushalt definierte Finanzmasse wird so verteilt, dass eine im Verhältnis zur Aufgabenbelastung unterdurchschnittliche Einnahmesituation des einzelnen Bezirks in hohem Maße ausgeglichen wird und darüber hinaus die Finanzausstattung verbessert wird.
- Dabei werden als Belastung nur zum Teil die realen Ausgaben zugrunde gelegt; im übrigen wird die Aufgabenbelastung durch die Einbeziehung von Bevölkerungszahlen (nach Gruppen) objektiviert.
- Ein rechnerisch ermittelter Belastungsanteil (Prozentwert) ausgedrückt in einem Einwohnerwert wird so hochgerechnet, dass die Zuweisungsmasse, nach Abzug der nivellierten Einnahmemöglichkeit der Bezirke, vollständig verteilt wird.

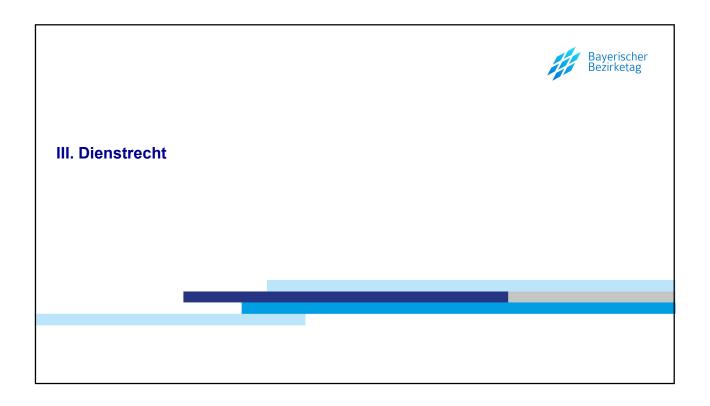




#### Bedarfskennzahlen für Art. 15 FAG im Detail

	Einwohner		Schwerbeh	inderte	Einwohner vollendet	85 Lj.	Nettoausgaben 2022		
	31.12.22	Prozent	31.12.21	Prozent	31.12.22	Prozent	Tsd. €	Prozent	
Oberbayern	4 801 769	35,9%	352 700	30,4%	136 062	34,5%	1.754.244	38,8%	
Niederbayern	1 273 955	9,5%	111 625	9,6%	35 107	8,9%	366.141	8,1%	
Oberpfalz	1 133 741	8,5%	120 860	10,4%	32 416	8,2%	357.704	7,9%	
Oberfranken	1 073 783	8,0%	111 390	9,6%	35 737	9,0%	301.308	6,7%	
Mittelfranken	1 805 791	13,5%	192 665	16,6%	53 780	13,6%	688.641	15,2%	
Unterfranken	1 334 376	10,0%	122 760	10,6%	43 720	11,1%	392.821	8,7%	
Schwaben	1 945 978	14,6%	147 215	12,7%	58 107	14,7%	661.749	14,6%	
Insgesamt	13 369 393	100,0%	1 159 215	100,0%	394 929	100,0%	4.522.607	100,0%	







## **Allgemeines**

Dienstrecht

- Anhörung der Kommunalen Spitzenverbände bei der Vorbereitung gesetzlicher Regelungen nach Art. 17 Bayerisches Beamtengesetz wenn die Rechtsverhältnisse der Beamten und Beamtinnen im kommunalen Bereich berührt werden.
- Anhörung erfolgt regelmäßig bereits im Rahmen der Ressortanhörung durch StMFH. Dies erleichtert die Berücksichtigung von Änderungsvorschlägen

8. März 2024

Reinhard Grepmair



### Aufgaben der Bezirksgremien bei Personalentscheidungen

Dienstrecht

Bezirkstag ist zuständig für

- Beamte ab Besoldungsgruppe A 9 (Ernennung, Beförderung, Versetzung, Entlassung usw.) = oberste Dienstbehörde
- Angestellte ab Entgeltgruppe 9a TVöD (Einstellung, Höhergruppierung, Entlassung usw.)
  - Befugnisse können an Bezirksausschuss o. a. beschließendem Ausschuss übertragen werden
  - Bis Besoldungsgruppe A 14 / Entgeltgruppe 14 kann Bezirkstag die Befugnisse auch dem Bezirkstagspräsidenten übertragen (Delegationsmöglichkeit auf Verwaltung)

Für Beamte bis Bes.Gr. A 8 und Angestellte bis EG 8 ist der Bezirkstagspräsident originär zuständig (ebenso Delegationsmöglichkeit)

8. Marz 2024 Reinhard Grepmair



#### Personalstand in den Bezirken am 30.06.23

Dienstrecht

	Verwaltung			kamerale E	inrichtunge	en	Gesundheitseinrichtungen			
	insgesamt	weiblich	in %	insgesamt	weiblich	in %	insgesamt	weiblich	in %	
Beamte	986	613	62%	186	109	59%	331	180	54%	
davon Teilzeit	342	281	82%	77	65	84%	170	139	82%	
Tarifbeschäftigte	2 718	1 961	72%	1 474	911	62%	26 848	19 195	71%	
davon Teilzeit	1 096	966	88%	923	696	75%	13 439	11 318	84%	
Summe Beschäftigte	3 704	2 574	69%	1 660	1 020	61%	27 487	19 648	71%	
Führungs- und Leitungspositionen	472	236	50%	115	59	51%	1 502	767	51%	
Anzahl schwerbehinderter Beschäftigter	253	8%		131	9%		1 870	7%		
Auszubildende (Beamte u. Angestellte)	302	6%		34			1 528	5,7%		



#### **Aktuelle Themen im Bereich Personal**

Dienstrecht

- Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel;
- Arbeitsgruppe des KAV mit den Kommunalen Spitzenverbänden zu dieser Thematik;
- Arbeitgeberattraktivität;
- Qualifizierung von Quereinsteigern in die Verwaltung
- Neue Ausbildungsgänge (duale Studiengänge)
- Modernisierung der Verwaltungsabläufe und Strukturen
- Zugänge erweitern (Ausbildung/Studium)





#### Fachausschüsse und Arbeitskreise

Referat 5 - Finanzen und Personal

- Fachausschuss der Direktoren (Bezirkshauptverwaltung)
- Unterausschuss Rechnungsprüfungswesen
- Arbeitskreise
  - Personalverwaltung Bezirke und Kliniken
  - Kämmerer
  - Leitungen Steuerverwaltung
  - Kassenleitungen
  - BEM-Beauftragte
- Fachtagungen für Direktoren, Personalverwaltung und Kämmerer am Bildungswerk

